



Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Emanzipation

35. Sitzung (öffentlich)

28. Oktober 2015

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 14:55 Uhr

Vorsitz: Daniela Jansen (SPD)

Protokoll: Eva-Maria Bartylla

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung	3
1 Runder Tisch NRW gegen die Beschneidung von Mädchen	4
– Vorstellung und Diskussion der Handlungsempfehlungen von der Aktion Weißes Friedensband	
Information 16/305	
Der Ausschuss führt ein Gespräch mit Günter Haverkamp (Aktion Weißes Friedensband e.V.).	
2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2016 (Haushaltsgesetz 2016)	9
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/9300	

Einzelplan 15 – Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter

Vorlage 16/3177 (Erläuterungsband)

Vorlage 16/3235 (Erläuterungshilfe zur Beilage 2 des Epl 15)

Vorlage 16/3252 (Einführungsbericht)

– Einzelberatung und abschließende Beratung und Abstimmung

Entgegen der Ankündigung in der Tagesordnung verschiebt der Ausschuss die Abstimmung über den Haushalt auf seine nächste Sitzung.

3 Ganzheitliche und moderne Gleichstellungspolitik – Gleichstellung von Frauen und Männern auf allen Ebenen vorantreiben 11

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/7402

Ausschussprotokoll 16/880 (Anhörung)

– abschließende Beratung und Abstimmung

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen von SPD, Grünen und Piraten gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung der CDU ab.

4 Fortschreibung des Aktionsplans LSBTTI 14

Bericht der Landesregierung

Information 16/308

Ministerin Barbara Steffens (MGEPA) berichtet.

* * *

Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Regina Kopp-Herr (SPD) beantragt im Namen der SPD und der Grünen, heute noch nicht über den Haushalt abzustimmen. – Der **Ausschuss** erklärt sich damit einverstanden.

1 Runder Tisch NRW gegen die Beschneidung von Mädchen

– Vorstellung und Diskussion der Handlungsempfehlungen von der Aktion Weißes Friedensband

Information 16/305

Vorsitzende Daniela Jansen weist darauf hin, dass der Tagesordnungspunkt auf einen gemeinsamen Wunsch aller Obfrauen zurückgehe.

Die Handlungsempfehlungen seien den Ausschussmitgliedern im Vorfeld übersandt worden. Herr Haverkamp werde die Empfehlungen noch einmal mündlich vortragen. Dann könnten die Abgeordneten Fragen stellen. Sie schlage vor, dann erst in einer der nächsten Sitzungen die Aussprache zu den Handlungsempfehlungen durchzuführen.

Günter Haverkamp (Aktion Weißes Friedensband e.V.) trägt vor:

Schönen guten Tag, meine Damen und Herren! Ich freue mich, dass ich hier vortragen kann.

Wir sprechen – das ist ein Beschluss des Runden Tisches – von „Mädchenbeschneidung“ oder von „genitaler Beschneidung“. Viele Aktivistinnen und Gruppen sprechen von „Genitalverstümmelung“. Wir arbeiten sehr intensiv mit betroffenen Menschen zusammen und die haben uns dringend gebeten, das Wort „Genitalverstümmelung“ nicht zu benutzen, weil sie damit ständig verletzt werden. Deswegen machen wir das nicht. Damit liegen wir gar nicht so sehr gegen den Trend. Wir sind keine Verharmloser, wie wir oft beschimpft werden, sondern wir haben diesen Beschluss gefasst und achten die Menschen, die das wünschen.

In vielen Sitzungen ist der Wunsch entstanden – Sie kennen die Handlungsempfehlungen –, das, was uns auf den Nägeln brennt, den Abgeordneten für ihre Arbeit mitzugeben.

Wir möchten gerne, dass das Thema „Mädchenbeschneidung“ und die Ächtung wirklich in alle Bereiche Eingang finden, ob es Parteigremien sind, ob es Organisationen sind. Das ist einfach wichtig, wenn man möchte, dass dieses Thema und die Ächtung von Mädchenbeschneidung wirklich bis unten ankommen.

Wir leiden natürlich darunter, dass es immer wieder heißt: Ach, das sind ja nicht viele. Wir haben doch viel größere Probleme. – Aber das sind 140 Millionen bis 160 Millionen Menschen weltweit. Viele Flüchtlingsfrauen und -mädchen, die zu uns kommen, sind betroffen. Deshalb müssen wir gerade in der aktuellen Situation verstärkt an das Thema herangehen.

Sie sind Abgeordnete einer Kommune. Wir wünschen uns, dass Sie das auch in Ihre Kommune hineintragen.

Unsere Erfahrung ist, dass viele Menschen, die mit diesen Frauen zu tun haben, nicht gut genug Bescheid wissen, um den Frauen auch helfen zu können. Uns geht es darum, dass man in den Behörden Bescheid weiß, in welchen Ländern

Mädchen beschnitten werden. Wir möchten, dass die Erzieherinnen und Erzieher und Ärztinnen und Ärzte überall Bescheid wissen, was sie tun können, wenn sie so eine Frau vor sich haben. Das ist gerade in den Krankenhäusern schwierig.

Wir bitten darum, dass Veranstaltungen gefördert werden. Wir haben das unglaubliche Glück, dass wir hier wirklich gefördert werden. Die Gründung des Runden Tisches 2007 fand unter der Vorgängerregierung statt. Wir haben beim Integrationsbeauftragten sofort Gehör gefunden und sind später auch finanziell unterstützt worden. Die Gesundheitsministerin hat das jetzt wirklich unglaublich intensiv fortgesetzt. Es sind also ganz viele Bereiche entstanden, in denen Beratung zum Beispiel unterstützt wird.

Die finanzielle Unterstützung des Runden Tisches war sehr wichtig, weil man so natürlich auch Strukturen besser aufbauen kann. Denn der Runde Tisch möchte vernetzen. Sie wissen das. Sie sind als Politikerinnen oft bei uns gewesen. Aber genauso sind die Ärztekammern da. Ich bin stolz darauf. Seit acht Jahren kommt auch die Ärztekammer Westfalen. Die haben keinen kurzen Weg. Das zeigt, dass Interesse vorhanden ist. Das zeigt auch die Notwendigkeit. Bei unserer Gründung hatten wir eigentlich gedacht, wir machen mal vier Sitzungen. Zum Beispiel das Thema „Flüchtlingsfrauen“ und das Thema „Traumata“ werden uns aber noch lange beschäftigen.

Wir arbeiten intensiv in Schulen. Die jungen Leute anzusprechen, ist ein wichtiger Punkt. Das wird Jawahir Cumar von der Beratungsstelle stop mutilation Ihnen auch bestätigen, dass immer wieder die Möglichkeit besteht, etwa über Familienangehörige Einfluss auf die Familien zu nehmen, damit nicht beschnitten wird. Das ist ganz wichtig. Deswegen machen wir sehr gerne Schulprojekte. Wenn ich mit Jugendlichen über das Thema „Mädchenbeschneidung“ spreche, sind die geschockt. Dann gehen wir einen Schritt weiter und sprechen darüber, dass Körper unantastbar sind, es sei denn, es liegen medizinische Gründe vor. Wir verbinden das auch mit Schönheitsoperationen usw. Das ist schon wertvoll, über so ein Thema mit den Jugendlichen zu sprechen, auch im Hinblick auf die Unverletzbarkeit des Körpers.

Damit sind wir bei Lehrkräften, Erzieherinnen usw. Die kommen den Kindern in einer ganz entscheidenden Altersphase mit am nächsten. Ich weiß von Erzieherinnen, dass da ein Kind auch mal ein bisschen losplappert über etwas, was es vielleicht sonst nicht sagen würde. Die Tabumauer wird dort durchbrochen. Das ist ganz wichtig. Wir haben mit Erzieherinnen Workshops gemacht. Die müssen ja erst einmal etwas über das Thema erfahren, um überhaupt zu wissen, was sie tun können. Darüber, dass ein Mädchen plötzlich beim Wasserlassen Schwierigkeiten hat und lange braucht, haben die sich vorher gar nicht groß Gedanken gemacht. Die Mädchen haben auch viele Entzündungen im Genitalbereich.

Wir haben auch schon bei der Polizei Schulungen durchgeführt. Das ist nicht das leichteste Geschäft, muss ich sagen. Die Polizei tickt ganz anders. Das sagen die auch selbst. Die sehen einen Straftatbestand. Das muss geahndet werden. Aber es ist lohnend. Es ist wichtig, dass auch dort Sensibilität Einzug hält. Deswegen ist uns das auch wichtig.

Vom Gesundheitsministerium haben wir den Auftrag bekommen – darum hatten wir uns beworben –, ein Bildungsportal zur Mädchenbeschneidung einzurichten. Wir werden auf unserer Webseite www.kutairi.de ein Bildungsportal machen mit einem zwanzigminütigen Online-Lehrgang, um in das Thema reinzukommen. Wenn man weitere Informationen braucht, kann man das vertiefen. Wir bieten dort auch Webinare an, wie man das heute so schön sagt, also Seminare im Internet, die wie ein Vortrag ablaufen.

Ich bin gespannt auf Ihre Fragen.

Regina Kopp-Herr (SPD) bedankt sich bei Herrn Haverkamp für seinen Bericht und dafür, dass er sich jetzt seit acht Jahren mit den Mitstreitern am Runden Tisch zum Anwalt gegen die Beschneidung von Mädchen mache.

Jeder Mensch habe das Recht auf Unversehrtheit. Die Beschneidung von Mädchen sei ein Eingriff in die Unversehrtheit und insofern auch ein Verstoß gegen die Menschenrechte. Jede beschnittene Frau sei eine zu viel.

Sie bedanke sich auch für die klaren Handlungsempfehlungen an die Politik. Das würden die Ausschussmitglieder mit in ihre Fraktionen nehmen und zunächst intern und dann gemeinsam hier im Ausschuss überlegen, wie sie mit den Handlungsempfehlungen zu Information, Aufklärung und Unterstützung umgehen wollten.

Sie interessiere, inwieweit die Kommunen bereits eingebunden seien, damit sie als Multiplikatorin wisse, wo sie noch ansetzen müsse.

Außerdem habe sie die Frage, ob es bereits ein aufklärendes Plakat gebe, das in Kliniken beispielweise aufgehängt werden könne.

Josefine Paul (GRÜNE) spricht Herrn Haverkamp ebenfalls ihren Dank für die übersandten Empfehlungen aus.

Man habe ja schon öfter am Runden Tisch zusammengesessen. Sie halte eine breite Beteiligung an diesem Tisch für wichtig, von Ärztekammern, Kassen, Hebammen, um für diese Problematik zu sensibilisieren.

Sie finde es sehr schön, dass es gelungen sei, dass Herr Haverkamp auch im Ausschuss berichte.

Schon im letzten Jahr seien im Haushalt 900.000 € für die Begleitung von traumatisierten Flüchtlingsfrauen eingestellt gewesen. Das werde im Haushaltsentwurf für 2016 so fortgeschrieben. Geschlechtsspezifische Fluchtgründe wie eben die Flucht vor Beschneidung könnten auch Traumata auslösen. Dementsprechend habe sich die Landesregierung auf den Weg gemacht, diesen besonderen Bedarfen von traumatisierten geflüchteten Frauen Rechnung zu tragen.

Sie interessiere, wie es mit der Verbreitung von kommunalen Runden Tischen aussehe. Düsseldorf habe einen kommunalen Runden Tisch. Die Sensibilisierung müsse ja auch vor Ort stattfinden. Sonst bestehe ein Stück weit die Gefahr, dass das Ganze unter einer Käseglocke bleibe und nicht dort ankomme, wo es notwendig wäre.

Das Bildungsportal klinge sehr spannend und stelle sicher eine gute Möglichkeit dar, auf eine relativ niedrighschwellige Weise breit Wissen zu streuen. Sie wolle gerne wissen, an wen genau sich dieses Bildungsportal richte und ob auch an Betroffene und Bedrohte. Wenn nein, sollte das doch entsprechend erweitert werden. Denn das wäre doch eine Möglichkeit, damit auch bedrohte und betroffene Mädchen an Informationen und Hilfe kommen könnten.

Susanne Schneider (FDP) meint, Ärzte, Krankenschwestern, Erzieher und Polizei kämen ja oft erst ins Spiel, wenn das Kind schon in den Brunnen gefallen sei. Schön wäre, wenn es im Bildungsbereich noch ein paar konkrete präventive Ansätze gäbe.

Sie bitte um Auskunft, ob in der aktuellen Flüchtlingssituation eine verstärkte Nachfrage erkennbar sei.

Es habe ja mal die Idee gegeben, im Ministerium eine Kontaktstelle zum Thema „Beschneidung“ einzurichten. Dazu interessiere sie der aktuelle Stand.

Regina van Dinther (CDU) dankt Herrn Haverkamp für die langjährige Arbeit an diesem Thema.

Es habe sie neulich sehr erschreckt, als eine Pressemitteilung so interpretiert worden sei, dass gerade durch den Flüchtlingsstrom die Gefahr der Mädchenbeschneidung in NRW massiv ansteige. Das habe ganz heftige Reaktionen ausgelöst. Ihr habe das gezeigt, dass man doch sehr sensibel damit umgehen müsse. Man müsse auf der einen Seite helfen, dürfe aber auf der anderen Seite auch keine Ängste schüren.

Günter Haverkamp (Aktion Weißes Friedensband e.V.) legt dar, bei der Arbeit an den Handlungsempfehlungen habe man gemerkt, wie wichtig es sei, auch die Kommunen anzusprechen. Denn dort seien die betroffenen Menschen, denen in erster Linie auch durch kommunale Projekte geholfen werde.

Der Runde Tisch Düsseldorf habe jetzt beschlossen, die Handlungsempfehlungen leicht verändert an den Rat der Stadt Düsseldorf zu geben mit der Bitte, die Empfehlungen zu beachten.

Die Idee des Bildungsportals sei nicht zufällig jetzt entstanden, als man habe feststellen müssen, dass so viele betroffene Flüchtlingsfrauen und -mädchen nach NRW kämen. Die erste Gruppe, die mit diesem Bildungsportal angesprochen werde, seien diejenigen, die in den Flüchtlingsunterkünften mit den Flüchtlingen in Verbindung kämen. Viele Menschen seien in dieser Arbeit ja ganz neu. Man habe ja in den letzten zehn Jahren viele Menschen im sozialen Bereich angesprochen. Aber jetzt in der Not würden Menschen eingestellt oder aktiv, die noch kein Wissen darüber hätten. Es sei sehr wichtig, die zu erreichen. Das solle mit dem Bildungsportal gelingen.

Er nehme gerne die Idee auf, das auch für die Betroffenen zu machen, aber die Frage sei, wie das gelingen könne. Denn die Telefonberatung KUTAIRI habe nur mäßigen Erfolg gehabt. Den Menschen falle es sogar sehr schwer, sich zu einem anony-

men Telefonanruf durchzuringen. Ob sich die Menschen dann im Internet kundig machten, wisse er nicht.

Es gebe Broschüren und Plakate. Man habe Plakate, die einen Aufforderungscharakter hätten und zur Mithilfe anregten, Mädchenbeschneidung zu verhindern. Ein Plakat sei ganz bewusst so gestaltet, dass den Flüchtlingen in mehreren Sprachen gesagt werde: Hier in Deutschland sei das verboten. Wer in Deutschland Mädchenbeschneidung fördere, durchführe oder zulasse, werde bestraft. – Es kämen wahrscheinlich noch weitere Sprachen hinzu.

Walter Kern (CDU) fragt, ob eine Empfehlung der Landesregierung oder des Runden Tisches existiere, dass das in den Gesundheitskonferenzen der Kreise obligatorisch auf die Tagesordnung komme.

Regina Kopp-Herr (SPD) stellt klar, ihr gehe es um ein Plakat, das in verschiedenen Sprachen vermittele, wo man Informationen und Aufklärung bekommen könne.

Günter Haverkamp (Aktion Weißes Friedensband e.V.) gibt Herrn Kern recht, dass das wichtig sei, aber so habe man das noch nicht gemacht. Das sollte gemacht werden. Er notiere sich das.

Er und Frau Cumar hätten in Düsseldorf bei der Gesundheitskonferenz vorgetragen.

Ein Plakat zu machen, wie es sich Frau Kopp-Herr vorstelle, nehme er als Anregung gerne mit.

Vorsitzende Daniela Jansen dankt Herrn Haverkamp für das Gespräch.

2 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2016 (Haushaltsgesetz 2016)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/9300

Einzelplan 15 – Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter

Vorlage 16/3177 (Erläuterungsband)
Vorlage 16/3235 (Erläuterungshilfe zur Beilage 2 des Epl 15)
Vorlage 16/3252 (Einführungsbericht)

– Einzelberatung und abschließende Beratung und Abstimmung

Vorsitzende Daniela Jansen erinnert an die Vereinbarung vor Eintritt in die Tagesordnung, in dieser Sitzung noch nicht über den Haushalt abzustimmen.

Es lägen keine Änderungsanträge vor.

Auf die Bitte von **Regina van Dinter (CDU)** erläutert **MDgt Claudia Zimmermann-Schwartz (MGEPA)**, „Gleichstellung in der digitalen Gesellschaft“ sei ein Oberbegriff. NRW habe sich schon im Rahmen der GFMK in den letzten zwei Jahren sehr profiliert. Vor zwei Jahren habe NRW zum ersten Mal einen Antrag zur Cybergewalt gegen Frauen und Mädchen eingebracht. Zu dem Zeitpunkt sei das Thema noch völlig unbekannt gewesen.

Im Moment werde Hate Speech – gerade im Zusammenhang mit der Flüchtlingssituation – immer wichtiger und die Frage, ob man nicht Konzerne wie Google in die Verantwortung nehmen könne. Wenn man jemanden auf der Straße im öffentlichen Raum beleidige, stelle das sicher einen Straftatbestand dar. Aber wenn man das digital mache, verbreite sich das ja innerhalb kürzester Zeit, sei nicht mehr rückholbar und habe eine ganz andere Kraft.

Schon vor zwei Jahren sei eigentlich klar gewesen, dass Delikte wie Vergewaltigungen völlig neue Dimensionen bekämen. Möglicherweise werde eine Vergewaltigung mit dem Handy gefilmt und kursiere hinterher im Internet. Das sei dann eine allgegenwärtige Gewalt. Sie sei entgrenzt und sie sei ewig. Schon vor zwei Jahren habe sich eigentlich gezeigt, dass gerade Frauen und Mädchen davon sehr betroffen seien.

Mädchen und Frauen seien inzwischen zwar sehr netzaffin, aber sie bewegten sich vor allen Dingen im kommunikativen Bereich. Sie nutzten WhatsApp, YouTube und Facebook. Wikipedia dagegen werde zu 95 % von Männern gemacht. So seien teilweise auch die Inhalte. Wenn Frauen versuchten, weibliche Sichtweisen zum Beispiel bei Wikipedia einzubringen, werde das überschrieben und komme raus.

Die GFMK habe den Antrag von NRW vor zwei Jahren auch mit allen Ländern unterstützt. Man habe also einen Länderbeschluss gefasst und habe dann feststellen können, dass im darauffolgenden Jahr immer mehr Institutionen diese Thematik aufge-

griffen hätten, zum Beispiel die Friedrich-Ebert-Stiftung mit einer sehr großen Veranstaltung.

Dann habe man das Thema bei der nächsten GFMK wieder aufgegriffen und vertieft. Dabei stellten sich ja dann sehr grundsätzliche Fragestellungen, beispielsweise ob das Netz nur eine Gefahr darstelle oder auch eine Möglichkeit, Frauen und Mädchen zu stärken.

Man habe auch ein Forschungsvorhaben an Frau Prof. Döring aus Ilmenau vergeben. Frau Prof. Döring habe bereits mehrfach als Sachverständige mitgearbeitet, etwa beim Landesaktionsplan Gewalt gegen Frauen und Mädchen zum Thema „Cybergewalt“ und beim Runden Tisch Prostitution. Sie bearbeite eine Untersuchung mit dem Titel „Chancen und Risiken des Internets für die Mädchengesundheit“. Das sei eine breit angelegte Untersuchung, die 2014 gestartet sei. 2016 würden wahrscheinlich die Ergebnisse vorliegen. Man werde jetzt einen Zwischenbericht bekommen.

Es gebe auch einen Schreibwettbewerb gemeinsam mit LizzyNet zum Thema „Gleichstellung in der digitalen Gesellschaft“. Dabei gehe es um die Frage, welche Auswirkungen das Netz auf das eigene Leben habe und welche Erwartungen die jungen Frauen an die Politik hätten. Im Januar 2016 sei der Einsendeschluss. Im März 2016 werde dann die Gewinnerin bekanntgegeben.

Man richte die Beratungsangebote auch immer mehr digital aus. Bundesweit hochgelobt und eine Art Blaupause für andere Apps sei die „Lola“-App. Die sei ja auch im Ausschuss vorgestellt worden. Auch zum Thema „Flüchtlinge“ werde jetzt gefragt, ob nicht eine App gemacht werden müsse. Das Mädchenhaus Bielefeld habe zum Beispiel seine Online-Beratung ausgeweitet und im Grunde auf die Smartphones abgestellt.

Regina van Dinther (CDU) meint, neben niedrigschwelliger Gewaltprävention ermögliche das Internet ja auch eine viel größere Teilhabe als vor vielleicht fünf Jahren. Da sehe sie noch viel Entwicklungspotenzial.

Birgit Rydlewski (PIRATEN) bedankt sich für diese kompetente Arbeit zum Thema „Hate Speech im Netz gegen Frauen und Mädchen“. Das hätte eigentlich ein Piraten-Thema sein müssen. Das müsse sie an dieser Stelle selbstkritisch sagen. Das hätte ein Thema ihrer Fraktion sein müssen. Das sei es aber leider nicht.

Ministerin Barbara Steffens (MGEPA) kündigt an, die Veranstaltung des MGEPA zum Internationalen Frauentag am 11. März habe den Titel „Online trifft Offline – Feministische Diskurse und Strategien“. Sie hoffe auf eine rege Beteiligung aus dem politischen Raum.

3 Ganzheitliche und moderne Gleichstellungspolitik – Gleichstellung von Frauen und Männern auf allen Ebenen vorantreiben

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/7402

Ausschussprotokoll 16/880 (Anhörung)

– abschließende Beratung und Abstimmung

Vorsitzende Daniela Jansen erinnert daran, dass der Antrag bereits im Dezember 2014 vom Plenum zur alleinigen Beratung an den AFGE überwiesen worden sei. Im April habe der Ausschuss eine öffentliche Anhörung durchgeführt und am 26. August die Auswertung vorgenommen.

Susanne Schneider (FDP) ist der Ansicht, dass die Experten in der Anhörung weitgehend die Anliegen der FDP unterstützt hätten. Sie hätten auf die massiven Probleme bei der Männergesundheit hingewiesen, darauf, dass die meisten Selbstmörder männlich seien und dass die Jungen immer mehr zu Bildungsverlierern würden.

Die FDP wolle die Geschlechter natürlich nicht gegeneinander ausspielen, sondern in NRW sollten beide Geschlechter gleichermaßen im Blick behalten werden.

Josefine Paul (GRÜNE) geht davon aus, dass Einigkeit darin bestehe – man habe das im letzten Plenum auch aufgrund der Großen Anfrage der CDU-Fraktion noch einmal besprochen –, dass Jungen und Männer speziell betrachtet werden müssten. Das sei ja gar keine Frage. Es sei auch keine neue Erkenntnis, dass Männer und Jungen auch ein Geschlecht hätten und das auch mit bestimmten Zuschreibungen einhergehe.

Sie habe in der Plenarsitzung schon darauf hingewiesen. Das habe die Anhörung auch sehr deutlich gezeigt: Man habe eine gut aufgestellte Fachszene in dem Bereich. Man habe die LAG Jungenarbeit, FUMA und auch unterschiedlichste Projekte aus der LSBTTI-Jugendarbeit. Man habe auch die LAG Mädchenarbeit, die in der Anhörung noch einmal sehr deutlich darauf hingewiesen habe, dass es auch schon lange eine gut funktionierende Kooperation zwischen der Jungenarbeit und der Mädchenarbeit gebe. Dort gebe es ihrer Wahrnehmung nach kein Gegeneinander.

Die FDP werfe ein wichtiges Thema auf. Auf vieles könne man sich auch gemeinsam verständigen. Aber teilweise bekomme man bei der Lektüre des Antrags den Eindruck, es ginge der FDP weniger um die Sache der Männer und Jungen, sondern eher darum, mal wieder zu unterstellen, das Frauenministerium und die Frauenpolitik und Gleichstellungspolitik der regierungstragenden Fraktionen wären irgendwie gegen Männer gerichtet, nicht modern, altmodisch und doof.

Mal wieder zeige der Antrag, dass sich die FDP schlicht und ergreifend weigere, bestimmte Dinge zu verstehen. Die FDP weigere sich, die Quote zu verstehen.

Die FDP schreibe auch von „ausgleichender Ungerechtigkeit“. Sie bitte die FDP, zur Kenntnis zu nehmen, dass das Überwinden bestehender Ungleichheiten Verfassungsrang habe. Das stehe in Art. 3 Abs. 2. Das könne man nicht mal eben mit einem Nebensatz in einem Antrag wegwischen, weil es einem nicht passe.

Die FDP tue der richtigen Jungen- und Männerarbeit überhaupt keinen Gefallen, indem sie permanent betone, kein Gegeneinander zu wollen.

In dem Punkt bestehe auch Dissens über die Ergebnisse der Anhörung. Nach ihrem Verständnis hätten die Experten gesagt, die FDP nehme einen durchaus wichtigen Punkt auf, aber sie schaffe es mit diesem Antrag nicht, das auch mit den notwendigen Maßnahmen zu hinterlegen.

Die FDP fordere:

„4. zu überprüfen, ob in die Entwicklung des „Landesaktionsplanes zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen NRW“ auch Präventionsangebote für gewaltbetroffene Männer einbezogen werden können;“

Dazu hätten die LAG Jungenarbeit und das Bundesforum Männer explizit gesagt, das wäre nicht der richtige Ort. Die FDP sollte sich zunächst mit den Inhalten beschäftigen und mit Leuten sprechen, die etwas davon verstünden, also der LAG Jungenarbeit und dem Bundesforum Männer, und sich nicht an Antifeministen wie MANNdat abarbeiten.

Dann könne man unter Umständen auf der Basis der gar nicht schlechten Ergebnisse, die auch die Große Anfrage ergeben habe, vernünftig und sachlich über das Thema sprechen.

Dass ihre Fraktion den Antrag ablehnen werde, sei sicher keine Überraschung.

Dr. Roland Adelman (SPD) unterstützt die Arbeit der Landesregierung.

Die FDP spreche oft von der höheren Selbstmordrate bei Männern. Die Anzahl der Selbstmordversuche von Frauen sei aber deutlich höher. Beide Geschlechter hätten die gleiche seelische Not. Aber Männer wählten Methoden, die eher zum Tode führten. Solche Feinheiten müssten in der Diskussion berücksichtigt werden.

Die SPD halte Frauenförderung in diesem Land immer noch für notwendig. Der Mitteleinsatz in der Frauenförderung dürfte immer noch Vorrang haben.

Hinzu komme, dass eine vernünftige Frauen- und Mädchenförderung durchaus ein Klima schaffe, in dem die Jungen in diesem Land eine emotionalere Seite zeigen dürften als das früher der Fall gewesen sei. Von daher dürfte das langfristig die Selbstmordrate und die Zahl der Selbstmordversuche besser senken als andere Maßnahmen.

Die SPD werde dem Antrag nicht zustimmen. Einige Ausführungen in der Beschreibung der Ausgangslage seien auch sachlich nicht ganz zutreffend.

Walter Kern (CDU) verweist auf die intensive Plenardebatte. Männer lebten ungesünder als Frauen. Sie hätten andere Ess- und Trinkgewohnheiten.

Die CDU habe die Große Anfrage ja auch deswegen gestellt, weil sie das Thema auch im Gleichstellungsausschuss gemeinsam von allen Fraktionen kontinuierlich behandelt wissen wolle, um Jungen zu stärken.

Die CDU werde sich bei der Abstimmung der Stimme enthalten. Denn der Ansatz der FDP sei richtig, wenn auch nicht in allen einzelnen Punkten tragfähig.

Der **Ausschuss** lehnt den Antrag mit den Stimmen von SPD, Grünen und Piraten gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung der CDU ab.

4 Fortschreibung des Aktionsplans LSBTTI

Bericht der Landesregierung

Information 16/308

Vorsitzende Daniela Jansen gibt den Hinweis, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen um die Aufnahme dieses Tagesordnungspunktes gebeten habe.

Ministerin Barbara Steffens (MGEPA) führt aus, seit 2012 werde der Aktionsplan kontinuierlich umgesetzt.

Am 3. September habe das Kabinett über die Bilanz und die Fortschreibung entschieden. Denn der Aktionsplan sei ja nicht die Maßnahme nur eines Ressorts, sondern aller Ressorts.

Sie sei auch begeistert über die Beteiligung der unterschiedlichen Häuser und die gemeinsame Arbeit an dem Aktionsplan.

Die geplanten Maßnahmen seien weitgehend umgesetzt. Eine Reihe von Punkten müsse weiter verfolgt werden, weil ihre Umsetzung mehr als ein paar Jahre dauere.

Auch die neu aufgenommenen Maßnahmen gingen nicht nur von einem Ressort aus, sondern müssten gemeinsam umgesetzt werden.

Wichtig sei erstens, die Selbsthilfe zu stärken und die Strukturen zu stärken.

Da nicht in allen Bereichen Parallelstrukturen aufgebaut werden könnten, müssten zweitens auch die Regelstrukturen erreicht werden. Dafür sei es wichtig gewesen, mit der Kompetenz der Selbsthilfestrukturen die Regelstrukturen erst einmal überhaupt zu befähigen, adäquate Angebote zu entwickeln.

Es zeichne den Aktionsplan aus, dass viele Maßnahmen keine Regierungsmaßnahmen seien, sondern die NGOs an der Entwicklung beteiligt seien. Viele Strukturen im Land hätten die Projekte mit umgesetzt. Das mache den Aktionsplan einzigartig. Die Wunschliste, was das Land noch machen könnte, sei natürlich nachvollziehbar viel größer.

Die bisherigen und neuen Koordinierungsstellen in den Bereichen Antigewalt, Jugend, Schulen, Senioren und Migration seien erfolgreich, da sie wirklich in die Regelstrukturen hineingewirkt hätten.

Man werde beispielsweise nicht alle Pflegeheime als Doppelstrukturen schaffen können. Natürlich werde es auch einzelne selbst organisierte Angebote geben. Aber in der Regelstruktur müsse das Bewusstsein vorhanden sein, dass nicht nur ältere heterosexuelle Menschen als Paar zusammenfänden, sondern auch Angebote für die LSBTTI-Community gebraucht würden.

Dieses Hineinwirken, diese Brückenfunktion sei sehr erfolgreich gewesen. Angebote und Strukturen aus dieser Kategorie müssten auch weiter gefördert werden. Es müssten weiter Qualifizierungen und Beratungen stattfinden. Klassische Beispiele

seien die Qualifizierungen von Polizei, Lehrkräften und Beratungsstellen. Das werde eine kontinuierliche Aufgabe sein.

Ganz wichtig und sehr erfolgreich sei die Kampagne „anders und gleich. Nur Respekt Wirkt“ gewesen. Der letzte prominente Unterstützer, der neu hinzugekommen sei, sei Udo Lindenberg. Das habe sie sehr gefreut. Diese Kampagne laufe auch weiter.

Man habe sich aber auch mit der Ist-Situation auseinandergesetzt und der Frage, in welchem gesellschaftlichen Klima man sich gerade befinde. Nicht nur in Deutschland, sondern auch in allen anderen europäischen Ländern erlebe man im Zusammenhang mit der Flüchtlingssituation gerade eine neue Welle des Rechtspopulismus und damit verbunden auch eine Enthemmung bei den Äußerungen im Netz. Das richte sich dann auch gegen die LSBTTI-Community. Alle Studien hätten diese Korrelation bestätigt. Wenn man eine höhere Fremdenfeindlichkeit habe, habe man auch eine höhere Homophobie in der Gesellschaft.

Deswegen halte sie es für wichtig, sich diesem Thema in Zukunft noch intensiver zu stellen und für Vielfalt zu werben und aufzuklären. Mit Instrumenten wie der Kampagne „anders und gleich. Nur Respekt Wirkt“ ließen sich viele Menschen erreichen. Mit solchen Instrumenten müsse weiter agiert werden.

Ganz wichtig sei, weiterhin junge Menschen zu erreichen. Denn Jugendliche in der Pubertät seien tendenziell anfällig für Homophobie. SchLAu und die Schule der Vielfalt seien deswegen ein wichtiges Instrument, das auch für kommende Generationen fortgesetzt werden müsse, um irgendwann eine noch stärkere Normalisierung zu erreichen.

Eine wichtige Zielgruppe seien auch die intersexuellen und transsexuellen Menschen. Innerhalb der Community sei das zahlenmäßig noch eine sehr kleine Gruppe. Deshalb gerieten diese Menschen oft aus dem Blick.

Die Reform des Familienrechts für Regenbogenfamilien sei nötig. Die IMAG „Regenbogenfamilien“ habe schon relativ viel daran gearbeitet und arbeite weiter an dem Thema.

Die Selbsthilfeinfrastruktur müsse trotz begrenzter Haushaltsmittel gesichert werden und auch bei Kostensteigerungen arbeitsfähig bleiben.

Im Mai habe es einen Termin gegeben, zu dem die NGOs eingeladen worden seien, um gemeinsam die Bilanz zu diskutieren. Im Wesentlichen seien die Anregungen auch eingearbeitet worden. Mehr Ressourcen bereitzustellen, sei aber nicht so einfach.

Fazit: Man habe in NRW mit dem Aktionsplan sehr viel erreicht, auch im bundesweiten Vergleich. Das halte sie für ein sehr gutes Signal. Die nächste Phase stehe an. Man werde gemeinsam diskutieren müssen, welche Schwerpunkte der Ausschuss und das Parlament begleiten wollten und zusätzlich für wichtig hielten.

Josefine Paul (GRÜNE) bedankt sich für die Erstellung des Aktionsplans sowie für die Evaluation und Fortschreibung. Auch dabei wieder die NGOs einzubeziehen, sei ihres Erachtens eine der großen Stärken dieses Plans und mache ihn einmalig.

Sie bekomme auch Anrufe von Kolleginnen und Kollegen aus anderen Bundesländern, die ebenfalls einen solchen Aktionsplan machen wollten und sich erkundigten, wie das gelingen könne. Das zeige, welchen Leuchtturmcharakter der Plan habe. Es hätten sich ja jetzt auch andere Bundesländer auf den Weg gemacht und sie könne sich vorstellen, dass einige Ministerkollegen und Ministerkolleginnen auch im Ministerium mal nachgefragt hätten, wie das gelaufen sei.

Die breite Aufstellung der Selbstorganisationen sei ein Pfund, mit dem NRW wuchern könne. Kaum ein Bundesland sei da so breit aufgestellt und damit auch so professionell aufgestellt. Sie halte es für wichtig, diese Strukturen in NRW auch zu unterstützen.

Mit dem Thema „Flüchtlinge“ werde man sich noch vermehrt beschäftigen müssen. In den Einrichtungen gebe es verstärkt Übergriffe gegenüber LSBTTI-Flüchtlingen. Die Einrichtungen wüssten nicht genau, wie sie damit umgehen sollten. Es sei ja nicht im Interesse eines geflüchteten Syrers oder Iraners beispielsweise, wieder mit der Gruppe der Iraner oder Syrer zusammenleben zu müssen, wenn die Homosexualität ein Grund für die Flucht gewesen sei.

Ihres Erachtens müsse auch mehr Aufklärung darüber betrieben werden, dass Homosexualität in Deutschland nicht strafbar sei, sondern hier sogar ein anerkannter Asylgrund sei. Denn viele Flüchtlinge mit LSBTTI-Hintergrund trauten sich auch überhaupt nicht, das anzugeben, weil sie schlechte Erfahrungen mit Behörden gemacht hätten und glaubten, dass der LSBTTI-Hintergrund ihre Chancen auf Asyl verschlechtere, sie stigmatisiert würden oder dieses Wissen an ihre Herkunftscommunity weitergegeben werde und sie dann dort wieder mit Gewalt und Stigmatisierung zu rechnen hätten. Da sehe sie noch Handlungsbedarf, auch mit der Community zusammen. Mit baraka zum Beispiel oder anderen Initiativen hätten sich ja auch einige auf den Weg gemacht.

Sie sei am Montag bei einer Veranstaltung des Elternvereins NRW gewesen. Der habe die „Demo für alle“-Organisatorin in Stuttgart Freifrau von Beverfoerde eingeladen. Sie, Paul, sei mit ganz vielen Jugendlichen aus dem LSBTTI-Jugendzentrum PULS in Düsseldorf dort gewesen. Diese jungen Leute hätten sich sehr über das geärgert, was dort gesagt worden sei. In einem solchen Setting machten diese jungen Menschen ja die Erfahrung, dass die Art, wie sie leben wollten und wie sie lieben wollten, offensichtlich nicht richtig sei. Sie würden dort im Grunde genommen als minderwertig dargestellt. Zumindest komme das so bei ihnen an.

Deshalb sei es so wichtig, dass man von politischer Ebene aus das Signal aussende: Nein, das sei nicht die Mehrheitsmeinung in diesem Land. Das sei auch nicht Mehrheitsmeinung der Politik in diesem Land. Die Politik unterstütze die LSBTTI-Jugendlichen.

Denn die Grenzen des Sagbaren seien leider in den letzten Wochen und Monaten in einer Weise verschoben worden, die durchaus beschämend sei. Das, was heute unter dem Deckmäntelchen, dass man das ja wohl noch werde sagen dürfen, auch in der veröffentlichten Meinung noch gesagt werden könne, sei nicht schön. Das vermittele vor allem diesen jungen Menschen das Gefühl, dass sie nicht richtig seien und

den Fehler bei sich suchen müssten. Man müsse ganz klare Kante zeigen, dass sie das nicht müssten, sondern dass das auch ihre Gesellschaft sei und dass die Gesellschaft, in der man miteinander leben wolle und die man miteinander gestalten wolle, bunt sei.

Da freue es sie besonders, dass die Kampagne „anders und gleich“ mittlerweile auch mit dem Sport beispielsweise einen neuen Partner gefunden habe. Es sei ganz wichtig, dass es solche Partner gebe, die so in der Gesellschaft verankert seien. Der Sport sei ja nicht unbedingt immer der Hort der gesellschaftlichen Innovation. Wenn es gelinge, den Sport auf seine Seite zu ziehen, dann sei das ein ganz wichtiges gesellschaftspolitisches Signal.

Ina Spanier-Oppermann (SPD) bedankt sich ebenfalls beim Ministerium für den Aktionsplan und für die Fortschreibung. Das sei einmalig im Vergleich der Bundesländer. Das Ministerium mache eine wunderbare Arbeit. Sie bekomme dieses Feedback auch oft aus der Fläche.

Die Akzeptanz von LSBTTI in der Gesellschaft, die sie immer umgetrieben habe, benötige nach ihrer Einschätzung einfach Zeit. Bei manchen Themen müsse man eben geduldig sein und immer wieder nachlegen.

Die partizipative Planung und Umsetzung mit allen Ministerien, Vereinen und Verbänden habe sich sehr bewährt. Die Queer-Politik werde als Querschnittsaufgabe empfunden und verstanden. In dem Punkt könne auch den anderen Ministerien nur ein positives Feedback gegeben werden.

Der Plan und die Maßnahmen setzten ja auf die Öffnung von Regelstrukturen. Um Homophobie wirksam zu bekämpfen, sei das genau der richtige Weg.

Das Seniorenprojekt von rubicon sei ausgesprochen beeindruckend. Wenn diese Menschen über ihre Vergangenheit sprächen, über die Verfolgung und Diskriminierung, die sie erlebt hätten, bekomme sie eine Gänsehaut. Sie ermuntere dazu, in dem Bereich Engagierte in die Kommune einzuladen, um dem Thema einen wertschätzenden und guten Platz zu geben.

Together am Niederrhein sei auch ein hervorragendes Projekt mit guten Botschaftern für dieses Thema, die dort an der Spitze stünden.

Es handele sich um einen langen und schwierigen Prozess. Vor allem sei die Überführung in die Regelstrukturen schwierig, die ja auch andere Themen hätten. Dennoch sei schon viel erreicht. Das schaffe Handlungsspielräume für die Kommunen. Die Kommunen seien wichtige Wegbegleiter, wichtige Akteure und Multiplikatoren.

Natürlich wünsche man sich immer mehr. Aber die finanziellen Ressourcen seien begrenzt. Deshalb müsse man den Fokus auf eine flächendeckende Versorgung lenken. Denn die Wege seien oft lang und was für Bochumer und Siegener richtig sei, müsse auch für Krefelder und Bielefelder möglich sein.

Über Konzepte für die Grundversorgung mit Lotsen- und Brückenfunktionen im Ehrenamt müsse man immer wieder sprechen. Dabei müssten auch mobile und regio-

nale Angebote ins Auge gefasst werden, die unter Umständen so erreicht werden könnten.

Man müsse sich Gedanken machen, wie man die ankommenden Flüchtlinge gut versorgen könne. Es handele sich ja um sehr heterogene Strukturen, die sensibel behandelt werden wollten.

In der kommenden Woche finde ein Gespräch der Verbände statt. Sie schlage vor, die Vertreter der daran beteiligten Gruppierungen wie der LAG Lesben in den Ausschuss einzuladen, um einen Eindruck davon zu bekommen, welche Inhalte das Gespräch gehabt habe.

Walter Kern (CDU) ist der Ansicht, um eine erfolgreiche Integration der Flüchtlinge zu erreichen, müssten auch das kulturelle Verständnis und die Toleranz in Deutschland vermittelt werden.

Vorsitzende Daniela Jansen findet es sehr erschreckend, wie die besorgten Eltern in letzter Zeit populistisch agierten. Sie habe eine CD mit Propagandamaterial erhalten. Auf dem Cover sehe man ein Kind auf einer Schaukel, auf das eine schattenartige Hand zugreife. Das solle symbolisieren, wie die Kinder in der Schule durch Sexuaufklärung und die angebliche Vermittlung von Analverkehr indoktriniert würden. Sie bitte darum, auf diese besorgniserregende Tendenz in der Gesellschaft verstärkt zu achten. Eine solche Entwicklung tue der gesamten Gesellschaft nicht gut.

gez. Daniela Jansen
Vorsitzende

07.01.2016/18.01.2016

140